

Albert Rupprecht (Weiden)

- (A) beln. Dieses Bild ist falsch, und deshalb sind auch die Schlussfolgerungen der Linken falsch. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Die Krise führt neuerdings auch bei Produkten, die vor sechs Monaten noch absolut werthaltig waren, zu Abschreibungsbedarf. So gibt es neuerdings auch Wertberichtigungsbedarf bei europäischen Staatsanleihen, obwohl dies im Kern grundsätzliche Produkte sind. Es ist nicht so, dass der Verlust dauerhaft sein muss. Im Gegenteil: Man kann heute davon ausgehen, dass der Wert bei einem erheblichen Teil der Produkte am Ende der Laufzeit bei 100 Prozent liegen wird. – So viel zu den aktuellen Zahlen und deren Bewertung.

Die Frage ist nun, ob der 480-Milliarden-Euro-Rettungsschirm richtig aufgestellt ist, um die nächsten Monate zu meistern. Ich glaube, dass der Dreiklang aus Garantien, Kapital und Herausnehmen toxischer Produkte sehr vernünftig und richtig ist. Die ausgereichten Garantien von 107 Milliarden Euro wirken sehr stabilisierend, und auch die Möglichkeit, Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, stabilisiert.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber der Interbankenhandel ist immer noch nicht stabil!)

Beim dritten Element werden Änderungen diskutiert. Die Möglichkeit, toxische Produkte herauszunehmen, ist im Gesetz angelegt, funktioniert in der Praxis bis dato aber nicht. Die Dreijahresfrist ist zu kurz. Die Wirtschaftsprüfer sagen: Wegen der kurzen Zeit müssen die Produkte in der Bilanz bleiben und belasten somit weiter das Eigenkapital. Deswegen müssen wir das Gesetz technisch nachbessern.

(B)

(Zuruf von der LINKEN: Raus mit der Wahrheit!)

Im Übrigen ist das nichts anderes als eine Art Bad Bank. Wertberechtigte Produkte werden aus der Bank herausgenommen und einer Auffanglösung zugeführt, damit die Bank stabilisiert wird. Das haben wir als Gesetzgeber so vorgesehen. Eine derartige Auffangbank, Besserungsbank oder wie auch immer Sie es nennen wollen,

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Aha! Weg von diesem Begriff!)

gibt es bei den Landesbanken seit Monaten.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Richtig!)

Um es klarzustellen: Es wird mit uns keine Lösung geben, bei der der Schrott aus den Banken ausgelagert wird, die Steuerzahler letztendlich die Zeche zahlen und die Banken sich aus der Verantwortung ziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ganz im Gegenteil: Bei jeder Lösung, für die wir uns entscheiden, sollen die Alteigentümer am Ende für die verbleibenden Defizite haften.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden in den nächsten Wochen über weitere Punkte nachdenken, beispielsweise über die Frage: Wie

- schaffen wir es, den Interbankenmarkt zu reaktivieren? Ist dies untergesetzlich möglich? Wird sich das Problem von alleine lösen, oder braucht es gesetzliche Maßnahmen? Darüber werden wir diskutieren. Am heutigen Tag ist, glaube ich, noch niemand imstande, hierzu abschließend Position zu beziehen. Die Bundesländer drängen auf Verbesserungen zur Stabilisierung ihrer Landesbanken und auf eine Behandlung, die der von Privatbanken und anderen Instituten entspricht. (C)

Der SoFFin war in den vergangenen Wochen ein Segen für unser Land. Dennoch lernen wir täglich hinzu. Lassen Sie mich zum Abschluss meinen höchsten Respekt vor der Leistung der Akteure beim SoFFin ausdrücken. In kürzester Zeit mussten neue Strukturen aufgebaut werden. Natürlich müssen wir über mögliche Verbesserungen bei der Organisation des SoFFin reden. Genügend Mitarbeiter und klare Zuständigkeiten sind zwingend, um diese Mammutaufgabe zu meistern. Ich danke an dieser Stelle insbesondere und ausdrücklich dem bisherigen Vorsitzenden des Leitungsausschusses, Herrn Merl, für sein Wirken in den vergangenen Wochen ganz herzlich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl hat nun das Wort.

- Nicolette Kressl**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen: (D)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich aufgrund des Verlaufs der Debatte zuerst eine grundsätzliche Klarstellung machen. Dieses Parlament hat mit sehr großer Mehrheit entschieden, ein Rettungspaket für den Finanzmarkt auf den Weg zu bringen. Dies wurde nicht gemacht, um Bankvorstände oder einzelne Manager zu retten. Das wird zum Beispiel dadurch deutlich, dass wir entschieden haben, dass es bei der Inanspruchnahme von Hilfen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis Einschränkungen bei der Gestaltung der Dividenden und der Vergütung der Vorstände gibt. Das macht das eigentliche Ziel deutlich. Im Übrigen dürfen diese Einschränkungen im Hinblick auf die Gehaltszahlungen und die Dividenden meiner Ansicht nach nicht infrage gestellt werden. Ich kann die Debatten darüber im Bankenbereich und in der Wirtschaft nicht verstehen. Ich akzeptiere sie auch nicht.

Eines muss deutlich sein: Die Frage, ob die Versorgung mit Geld und mit Krediten funktioniert, trifft natürlich die Handwerker. Ich frage mich nach dieser Debatte hier ernsthaft: Haben Sie eigentlich noch nicht mit Handwerkern gesprochen? Seit Jahren erzählen sie, wie wichtig es für sie ist, günstige Kredite zu bekommen. Dies ist der Hintergrund dafür, dass wir gesagt haben: Wir müssen den Finanzmarkt stabilisieren. Ich habe den Eindruck: Wer dies anders sieht, hat noch nie mit Handwerkern gesprochen

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Oder will das nicht!)

Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl

(A) und weiß nicht, was ihnen am Herzen liegt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Daraus, dass diese Verbindungen nicht erkannt werden, kann ich nur schließen, dass hier entweder absichtlich eine andere Zielsetzung unterstellt wird oder dass die Zusammenhänge nicht verstanden werden. Beides ist nicht akzeptabel, um eine sachliche Debatte zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Beides wäre fürchterlich! – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Die Zusammenhänge bei der Commerzbank haben wir sehr gut verstanden!)

Es ist selbstverständlich, dass wir hier über die Konsequenzen der Finanzmarktkrise intensiv debattieren und dass aufgrund der sich ständig verändernden Situation immer wieder neu darüber diskutiert werden muss. Ich will auf das Problem, das heute Thema der Aktuellen Stunde ist – das war es bisher eigentlich nicht; es geht um die Frage des sich verändernden Abschreibungsbedarfs; Herr Rupprecht hat es beschrieben –, zu sprechen kommen. Dies muss ein Thema bleiben. Eines ist klar: Um eine Lösung für diese Probleme zu finden, muss mit einer soliden Sachaufklärung begonnen werden. Solide Sachaufklärung heißt, dass wir uns die Wertpapiersituation anschauen. Es ist richtig, dass mit steigenden Ausfällen vor allem bei den gewerblichen Immobilienkrediten und den Firmenkrediten gerechnet werden muss.

(B) (Zuruf des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

Für diese Assets in den Bankenbilanzen stehen auf dem Markt im Moment so gut wie keine Käufer bereit. Leistungsgestörte oder faule Kredite binden bei den Banken aber in hohem Maße Eigenkapital. Hinzu kommen andere risikobehaftete Aktiva wie zum Beispiel ABS, die die Bankenbilanzen belasten. Es liegen allerdings noch keine endgültigen und absolut belastbaren Analysen des Umfangs toxischer Assets vor.

Bei einem Blick in die Tagespresse – dieser sollte die endgültige und belastbare Analyse, von der ich gerade sprach, nicht unbedingt ersetzen – stellt man fest: Die Schätzungen hinsichtlich des Volumens fauler Positionen reichen von einem unteren dreistelligen Milliardenbetrag bis zu 1 Billion Euro. Die Bundesbank geht davon aus, dass alle Banken zusammen über strukturierte Produkte mit einem Nominalwert von circa 281 Milliarden Euro verfügen; ich glaube, das ist ein Wert, an dem man sich durchaus orientieren kann. Die BaFin veranschlagt übrigens einen Betrag von 246 Milliarden Euro.

So belastbar bzw. so wenig belastbar diese Zahlen auch sind – im Zweifel sind sie auch schnell veränderlich; darüber haben wir gerade gesprochen –: Dieses Problem stand bereits bei den Beratungen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes im Mittelpunkt. Deshalb haben wir bereits im Rahmen dieses Gesetzes ein Instrument geschaffen, das die – ich sage dies ausdrücklich –

unbefristete Übernahme solcher Risikoaktiva durch den SoFFin ermöglicht. (C)

Ich will das deshalb betonen, weil in den letzten Tagen hin und wieder zu lesen war, dass es bei der Übernahme toxischer Papiere eine gesetzliche Befristung auf 36 Monate gebe. Was die Befristung angeht, so handelt es sich um eine Befristung im Hinblick auf die Übernahme von Garantien. Für die Möglichkeit der Übernahme toxischer Papiere gibt es keine gesetzliche Befristung. Herr Krüger hat die Bedingungen vorhin beschrieben: Es gibt einen Stichtag. Es ist also von Bedeutung, wann die entsprechenden Papiere gekauft wurden. Es ist aber nicht so, dass eine gesetzliche Befristung auf 36 Monate gilt.

Selbstverständlich muss man analysieren, warum dieses Instrument nicht wie gewünscht in Anspruch genommen wird. Man muss allerdings auch deutlich machen: Es kann nicht sein, dass dieses Instrument deshalb nicht genutzt wird, weil dann die Bedingungen des SoFFin erfüllt werden müssen. Das Bestreben, den Steuerzahler zu schützen, gebietet, dafür zu sorgen, dass dieses Instrument nicht deshalb nicht genutzt werden darf, weil dann strengere Kriterien eingehalten werden müssen. Das Parlament muss Wert darauf legen, dass an dieser Stelle genau hingesehen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wenn trotz allem weitere oder erweiterte Instrumente gefordert werden, so darf eines nicht vergessen werden – ich habe das bereits erwähnt, möchte es aber noch einmal betonen; dies gilt auch für die Diskussion über eine große nationale Bad Bank, die wir bereits begonnen haben –: Es darf nicht sein, dass diejenigen, die verantwortlich waren, nicht in die Haftung einbezogen werden. (D)

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

Dieses Parlament muss dafür sorgen, dass der Steuerzahler so wenig wie möglich in Anspruch genommen wird. Deshalb sagen wir eindeutig: Die Verursacher der Krise werden auch weiterhin zur Verantwortung gezogen. Etwas anderes wird die Mehrheit dieses Parlaments nicht entscheiden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Wo sind die entsprechenden Gesetzesvorschläge dazu?)

Weil heute über verschiedene Varianten spekuliert wurde, will ich eindeutig feststellen: Ich glaube, es ist nicht der beste Weg, in Form von Zeitungsüberschriften fünf Varianten durchzudiskutieren und dadurch zur Verunsicherung beizutragen;

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

denn hier geht es nicht um die Frage der Transparenz.

Wir müssen nach dem Dreiklang vorgehen, den ich gerade beschrieben habe. Wir brauchen eine gute Analyse und eine europäische und internationale Abstimmung. Diese Abstimmung spielt nicht nur in dieser Frage eine Rolle, sondern vor allem auch dann – darüber haben wir noch nicht gesprochen –, wenn es um die Pro-

Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl

- (A) phylaxe geht, also um die Überwachung und die Erarbeitung strengerer Regeln für den Finanzmarkt. Auch diese Bedingungen gehören für uns dazu. Natürlich können wir auch gemeinsam überlegen, ob Veränderungen oder Erweiterungen notwendig sind. Wir sollten allerdings den von mir beschriebenen Dreiklang beachten.

(Frank Schäffler [FDP]: Wann können wir denn mit Ihren Vorschlägen dazu rechnen?)

Wenn die Bundesregierung zu einem Ergebnis gekommen ist, wird sie dem Parlament selbstverständlich entsprechende Vorschläge vorlegen, mit dem Parlament darüber diskutieren und, wie beim Finanzmarktstabilisierungsfonds, für die erforderliche Mehrheit werben.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Aha! Die Bedingung lautet also: wenn die Bundesregierung zu einem Ergebnis kommt! Die Frage ist nur: Wann?)

Ich glaube, das ist ein sachgerechter Umgang mit dieser Frage. Daran sollten wir uns alle halten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun der Kollege Otto Bernhardt das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) **Otto Bernhardt** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns mitten in einer großen internationalen Finanzkrise, die in Deutschland im Sommer 2007 sichtbar wurde. Sie wurde sichtbar, als damals zwei Kreditinstitute in eine Schieflage gerieten: die IKB und die Sachsen LB. Durch eine konzertierte Aktion der Bundesregierung, der Bundesbank, der BaFin und der Bankenverbände konnten beide Institute gerettet werden.

Dann kam der 15. September 2008, jener Tag, an dem eine der größten Banken der Welt, Lehman Brothers, in die Insolvenz ging. Dies hat die ganze Finanzlandschaft grundlegend verändert. Rückblickend war es ein ganz entscheidender Fehler, diese Bank in die Insolvenz gehen zu lassen. Daraufhin wurde bei uns in Deutschland klar, dass mit Einzelaktionen – ich sage: leider – nichts mehr zu machen ist. Deshalb hatte sich die Große Koalition entschieden – auch die FDP hat mitgemacht –, einen Bankenschirm einzusetzen.

Eines können wir heute feststellen: Das entscheidende Ziel war, sicherzustellen, dass keine Bank in Deutschland in die Insolvenz geht. Dies haben wir bis heute gewährleistet. Dies müssen wir auch in Zukunft sicherstellen. Damit hat der Schirm seine zentrale Aufgabe schon erfüllt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn ich sehe, dass inzwischen bei der SoFFin weit über 100 Anfragen vorliegen, dass etwa 30 Prozent der 400-Milliarden-Euro-Garantien in Anspruch genommen wurden, dass die ersten Eigenkapitalhilfen ausgezahlt worden sind, dann kann ich nur sagen: Dafür, dass es ein völlig neues Instrument ist, hat die SoFFin schon in den ersten Monaten hervorragende Arbeit geleistet. (C)

Sicher muss man jetzt die Frage stellen – diese werden wir uns ständig stellen –: Was muss verändert werden? Bei uns gibt es eine Diskussion darüber, aber noch keine Entscheidung. Ich warne wie immer vor Schnellschüssen. Natürlich kann man über das Thema der Fristen diskutieren. Andere Länder in Europa haben Fristen von vier oder fünf Jahren vorgesehen; die EU hat dies akzeptiert. Aber wenn wir die Fristen zu lange ausdehnen, dann stellen wir eine Konkurrenz zu Pfandbriefen und Unternehmensanleihen her

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!)

und machen diese Märkte automatisch kaputt. Wir sollten auch an die Zeit nach der Krise denken. Deshalb bin ich persönlich und ist auch meine Fraktion in dieser Frage sehr restriktiv. Ich bin allerdings nicht mehr in der Situation, zu erklären: Das machen wir bestimmt nicht. – Das habe ich einige Male in der Vergangenheit gesagt und wurde dann durch die Fakten eingeholt. Aber bis heute sehe ich diese Notwendigkeit nicht.

Der zweite Punkt, der diskutiert wird, ist die Frage: Reichen die 33,3 Prozent, mit denen wir uns beteiligen? Bei der Commerzbank sind wir mit 25 Prozent plus einer Aktie beteiligt. Ich sage: Wenn man hier einen noch höheren Prozentsatz zulässt, dann sehe ich eine ganz große Gefahr für die Aktienkultur in Deutschland. Wir sollten davon ausgehen, dass wir auch nach der Krise eine gewisse Aktienkultur benötigen. Wir dürfen diesen Markt nicht zerstören. (D)

Das zentrale Thema in der Diskussion ist aber der Umgang mit schlechten Papieren. Niemand kann heute einem Papier ansehen, ob es schlecht ist oder nicht. Wir tun so, als ob man bei der Bank auf einen Knopf drücken müsste, um zu wissen, wie viele schlechte Papiere man hat.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Die schlechten sind gut versteckt!)

Das kann man eben nicht. Man kann nur zwei Fragen beantworten: Gibt es einen Markt für ein bestimmtes Papier? Wenn es keinen Markt gibt, dann gibt es dafür überhaupt keinen Preis. Oder: Liegt der Preis deutlich unter dem Nennwert? Falls ja, wissen Sie, wie viel Sie abzuschreiben haben. Sie wissen aber nicht, wie viel Sie in drei oder vier Jahren dafür bekommen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Oder in zehn Jahren!)

Dies kann sich jeden Tag ändern. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als ob man genau feststellen kann, was ein gutes und was ein schlechtes Papier ist und wie schlecht ein Papier ist.